

Materialien

Interviews anlässlich der Fachkonferenz „Soziale Brennpunkte – eine Herausforderung für eine integrierte Kinder- und Jugendpolitik“ vom 30. Januar bis 1. Februar 2006 in Straßburg

Interview mit Bundesministerin

Ursula von der Leyen: „*Die Menschen vor Ort müssen sich aktiv beteiligen*“

Europarat: Mit welchem Ansatz versuchen Sie in Deutschland, die Probleme marginalisierter Jugendlicher zu lösen?

Von der Leyen: Der Blick auf die Ursachen der Ausgrenzung hilft, das Gefühl der Ausweglosigkeit und Ohnmacht der Jugendlichen besser zu verstehen. Wir müssen direkt bei den Kindern und Jugendlichen ansetzen, um den Teufelskreis aus schlechten Arbeitsmarktperspektiven, Abhängigkeit von Sozialleistungen, Frustration, Gewalt und Abkoppelung vom Rest der Gesellschaft zu durchbrechen. Das bedeutet konkret, die Jugendlichen gerade in problematischen Großstadt-Vierteln zu aktivieren. Sie müssen sich zum Beispiel erst einmal an eine regelmäßige und dauerhafte Beschäftigung gewöhnen. Mit allem, was dazugehört: pünktlich sein, sich anstrengen, sich fortbilden, mit dem verdienten Geld haushalten. Wenn das gelingt, machen sie die unglaublich wichtige Erfahrung, dass sie etwas wert sind und etwas schaffen können, wenn sie sich bemühen. Nicht selten sind sie damit die ersten im Haus, die nach zwei oder drei „Sozialhilfe-Generationen“ zu einer erfolgreichen Generation gehören.

Europarat: Welches Programm hat bereits Früchte getragen und wieviel kostet das?

Von der Leyen: Alle Erfahrung zeigt: Große Fördertöpfe sind meist wenig wirkungsvoll, wenn sich die Bewohner nicht selbst für ihr Quartier engagieren. Projekte, die die Menschen selbst entwickeln und umsetzen, können hingegen mit wenig Geld viel erreichen. Daher fördern wir beispielsweise mit unserem Programm „Lokales Kapital für soziale Zwecke“ (LOS) bewusst nur kleine Projekte, an denen sich allerdings alle in sozialen Brennpunkten beteiligen müssen. Die Projekte führen Arbeitsvermittlung, Berufsqualifizierung, Bildungsangebote zusammen und stärken den sozialen Zusammenhalt. Inzwischen sind es rund 5.500 Projekte geworden, mit denen wir über 150.000 Menschen in 286 sozialen Brennpunkten ansprechen, davon fast 40 Prozent junge Menschen unter 25

Jahre. In den letzten Wochen haben wir das Budget dieser Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds auf insgesamt 87 Mio. Euro aufgestockt, um die Förderung bis Mitte 2007 zu garantieren. Zudem stärken wir seit dem Jahr 2000 mit unserem Programm „E&C“ (Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten) gezielt das soziale Umfeld im Stadtteil. Allein die bessere Zusammenarbeit der Menschen, Ämter und Träger vor Ort hat viel bewirkt.

Europarat: Sind Ihrer Meinung nach die Politiker erst nach den jüngsten Ausschreitungen in Frankreich und anderswo aufgewacht?

Von der Leyen: Integration – und sie ist an erster Stelle ein soziales, kein ethnisches Problem – steht in Deutschland bereits seit einigen Jahren ganz oben auf der Agenda, quer über alle Parteigrenzen. Die Leitfrage ist: Wie schaffen wir es, Menschen zu befähigen, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen? Einige Antworten liegen auf der Hand. Es braucht mehr Deutschkurse für Migrantinnen und Migranten. Die Jüngeren müssen den Kindergarten besuchen, um von Anfang an Deutsch zu sprechen. An den Schulen muss es mehr Angebote für Jugendliche geben, deren Elternhäuser über wenig Bildung verfügen. Und natürlich muss jeder Jugendliche die Chance haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Entscheidend ist dabei aber stets der feste Wille der Menschen vor Ort, all dies aktiv mit zu gestalten. Denn Integration findet in den Kommunen und im Stadtteil statt, nicht am grünen Tisch oder im Gesetzblatt. Das soziale Umfeld von jungen Menschen ist entscheidend: die Familie, der Kindergarten, die Vereine, der Jugendclub.

Europarat: In Deutschland hat man mit dem Berlin-Prozess versucht, der Marginalisierung entgegen zu wirken. Wie sieht Ihrer Einschätzung nach die vorläufige Bilanz des Berlin-Prozesses aus?

Von der Leyen: Bei unserer Konferenz Anfang 2006 kommen 280 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus 32 europäischen Ländern und 123 europäischen Kommunen in Straßburg zusammen. Das hohe Interesse zeigt, wie wichtig es ist, dass die, die direkt mit den Menschen

arbeiten, ihre Erfahrungen austauschen – über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg. Ein Beispiel dafür ist das Berliner Viertel in Monheim: In den Kindertageseinrichtungen lernen kleine Kinder und ihre Familien, die nicht aus Deutschland kommen, nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch Ernährung, Bewegung und Gesundheitsvorsorge. Dabei helfen alle mit: Krankenkassen, Ärzte, Erzieherinnen, Ämter und Bürgerinitiativen. Die Erfahrungen aus diesem Projekt sind auf großes Interesse in vielen europäischen Ländern gestoßen. Ich erhoffe mir viel von dieser Konferenz. Neue Impulse und Ideen für unsere Arbeit sind wichtig, denn wir wollen mit dem „Berlin-Prozess / Die soziale Stadt für Kinder und Jugendliche“ einen europaweiten Prozess regionenübergreifenden Lernens anstoßen. In Berlin 2004 haben wir die Grundlage dafür gelegt.

Europarat: Können diese Erfahrungen für unsere europäischen Nachbarn Impulsgeber sein?

Von der Leyen: Unsere positiven Erfahrungen mit „E&C“ und „Soziale Stadt“ wollen wir an andere europäische Regionen weiterreichen. Die rege Beteiligung an unserer Konferenz zeigt, dass sich viele Kommunen etwas von diesem Fachaustausch versprechen. Denn die guten Beispiele zeigen, dass sie mit pfiffigen Ideen Langzeitarbeitslosen, Schulabgängern, Ausbildungsplatzsuchenden oder Berufsrückkehrerinnen eine neue Perspektive für den Arbeitsmarkt geben können. Deutsche Kommunen wie z. B. Mannheim, Wiesbaden oder Bielefeld gestalten nicht nur ihre eigene Beschäftigungspolitik; sie sorgen auch dafür, dass kein Jugendlicher verloren geht. Das fängt in den Schulen an: Jeder junge Mensch, der seine Schule verlässt, erhält ein Angebot für seine berufliche Integration. Wenn er Probleme hat, wird er qualifiziert oder – falls erforderlich – zusätzlich geschult. Wenn er zu scheitern droht, wird er rechtzeitig beraten und erhält Hilfe, so dass kein Jugendlicher im Stich gelassen wird. Durch die Arbeit in den Kommunen konnten viele Menschen wieder neuen Mut schöpfen – Schritt eins auf dem Weg der Integration.

Europarat: Was können wir von europäischen Ländern lernen?

Von der Leyen: So unterschiedlich die Situation in Deutschland und Frankreich ist, so große Unterschiede bestehen auch zwischen anderen Ländern. Viele Probleme sind aber ähnlich, und vor allem: Von guten Beispielen und wegweisendem Engagement kann man immer lernen, auch wenn man den Erfolg nicht direkt übertragen kann. Ein besonders spannendes Beispiel

kommt aus Liverpool: Dort gestalten und führen Gemeinderäte gemeinsam mit benachteiligten Jugendlichen Projekte in sozialen Brennpunkten durch. Unternehmen, Kirchen und Vereine unterstützen sie dabei. Ich bin mir daher sicher, dass die Konferenz weitere wertvolle Anstöße für unsere Arbeit mit Jugendlichen vor Ort bietet. Wir wollen unsere Präsidentschaft in der EU im nächsten Jahr nutzen, um gemeinsam mit der Europäischen Kommission die Ergebnisse weiter zu führen.

Hibat Tabib, Leiter der französischen Vereinigung Association pour la formation, la prévention et l'accès au droit (AFPAD), Pierrefitte sur Seine: „Es muss in jedem Quartier derjenige gefunden werden, der Institutionen und Zivilgesellschaft zusammenbringen kann“

Der gelernte Rechtsanwalt Tabib Hibat führt seit etwa zehn Jahren Projekte in den Vorstädten durch. Als Leiter der französischen Vereinigung für Ausbildung, Prävention und Zugang zu Recht (AFPAD) in Pierrefitte sur Seine in der Nähe von Paris bringt er Vertreter der Gemeinde, des Staates, der Justiz, des Bildungsbezirks und der Zivilgesellschaft zusammen, um den Einwohnern den Zugang zu ihren Rechten zu erleichtern und die Vermittlung bei Konflikten zu fördern.

Europarat: Der Titel der Konferenz des Kongresses, der eine integrierte Politik als Chance für soziale Brennpunkte bezeichnet, weist darauf hin, dass dies ein Schlüssel zur Lösung der Schwierigkeiten der dort lebenden Kinder und Jugendlichen und zur Überwindung der Gewalt sein könnte. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Hibat Tabib: Das ist richtig, ich sehe nicht, wie man anders arbeiten könnte. Wir sind mit Problemen konfrontiert, die zahlreiche Facetten haben. Die Gewalt ist nur das Symptom dafür, dass etwas nicht funktioniert. Natürlich spielen wirtschaftliche Faktoren eine Rolle. In Frankreich ist die Arbeitslosigkeit in den Vororten beispielsweise zweimal höher als der nationale Durchschnitt. Bildung ist ebenfalls ein wichtiger Faktor. In den Quartieren sehen wir uns komplexen Situationen gegenüber, in denen mehrere Kompetenzen gefragt sind: die der Familie, der Justiz, der Schule, der Verbände und Vereine, der Zivilgesellschaft etc. In Pierrefitte sur Seine haben wir vor fünf Jahren die Vereinigung für Ausbildung, Prävention und Zugang zu Recht (AFPAD) geschaffen, die das Ziel hat, alle Partner zusammenzubringen.

Unsere Arbeit basiert auf drei Achsen: dem kostenlosen Zugang aller zum Recht, der politischen Bildung der Jugendlichen und Mediation. Wir setzen uns dafür ein, dass Konflikte durch Vermittlung gelöst werden. Wir haben 160 Vermittler geschult, die auf Polizeistationen, in Schulen etc. arbeiten.

Europarat: Wer eignet sich von allen Beteiligten in den Quartieren am besten als treibende Kraft für diesen Prozess?

Hibat Tabib: Ich glaube, dass es in jedem Gebiet einen „Motor“ braucht, der die Arbeit aller Beteiligten koordiniert und die Verbindung zwischen den Institutionen und der Zivilgesellschaft fördert. Ich persönlich habe es lieber, wenn die Projekte nicht in den Händen der Institutionen liegen, denn ihre Arbeitsmethoden sind restriktiv, oft wenig flexibel und passiv. Die Vereine und Gruppen passen sich besser an die Bedürfnisse und die Realität an, wenn es sein muss, arbeiten sie auch abends und am Wochenende.

Europarat: Auf welche Schwierigkeiten und Hindernisse stoßen Sie bei Ihrer Arbeit?

Hibat Tabib: Die größte Schwierigkeit besteht darin, alle dazu zu bringen, dass sie im selben Gebiet zusammenarbeiten und sich gegenseitig ergänzen. Wir stoßen auf unterschiedliche Arbeitskulturen, wir haben keine Zeit, keine Mittel... Wir müssen uns mit Machtfragen auseinandersetzen und mit zwischenmenschlichen Beziehungen, was ziemlich kompliziert ist. Bei unseren Treffen sprechen wir oft von Partnern, aber in der Praxis ist das leider nicht so einfach...

Europarat: Hat Ihre Arbeit zu konkreten Ergebnissen geführt?

Hibat Tabib: Durch die Eröffnung eines Gemeindezentrums vor einigen Jahren konnten wir die Gewalt im Quartier und die Unterstützung der Rechtsextremen senken. Bei den jüngsten Ausschreitungen in der Pariser Region gab es bei uns weniger Schäden zu verzeichnen. Natürlich wurden Autos in Brand gesetzt, aber keine öffentlichen Gebäude. Es gab auch keine gewalttätigen Übergriffe. Wir haben sehr schnell gehandelt, sind in die Schulen gegangen, um zu diskutieren und ein Forum zu bieten, bei dem die Kinder und Jugendlichen ihre Meinung äußern können und das Gefühl haben, respektiert zu werden.

Paul Kmen, Stadtrat in Iași (Rumänien): „Die größte Schwierigkeit besteht darin, zu den Roma-Gemeinden vorzudringen.“

In Rumänien sind vor allem Roma am Rand der Stadtzentren von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung betroffen. Die Stadt Iași versucht, in allen Bereichen Fortschritte zu erzielen: Bildung, Gesundheit, Beschäftigung, Rassismusbekämpfung – eine große Aufgabe, bei der die Hoffnung auf den Mitgliedern der Gemeinden ruht, die geschult werden und als Verbindung zwischen der Stadt und ihren Familien fungieren.

Europarat: Was gab den Ausschlag für die Arbeit Ihrer Gemeinde mit jungen Roma in Iași?

Paul Kmen: Die Regierung hat 1993 einen Plan gegen Armut und soziale Ausgrenzung ins Leben gerufen. In diesem Rahmen hat unsere Stadt damit begonnen, sich für die Gemeinde der Roma einzusetzen, die sich mit zahlreichen Problemen konfrontiert sieht, in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Kriminalität und die auch Opfer von Diskriminierung wird. Etwa 10 % unserer Bevölkerung stammen von Roma ab, das heißt etwa 80.000 Personen. Aber um die Wahrheit zu sagen, kennen wir die genaue Zahl nicht, weil sie sich meistens nicht bei den zuständigen Ämtern registrieren lassen.

Europarat: Welche Politik wurde ins Leben gerufen, um diese Diskriminierung zu bekämpfen und den Bedürfnissen der Roma Rechnung zu tragen?

Paul Kmen: Das ist eine sehr schwere Aufgabe. Wir haben mehrere Programme ins Leben gerufen, um Schritt für Schritt Fortschritte zu erzielen und gleichzeitig alle Probleme zu berücksichtigen, auf die Roma treffen. Das geht vom Erlernen unserer Sprache, dem Rumänischen, bis hin zur Finanzierung von Studien durch Stipendien. Wir geben etwa 6 % des Budgets der Stadt für Programme und Maßnahmen zugunsten der Roma aus. Wir arbeiten mit Verbänden, in die die Führer der Gemeinden eingebunden sind dank der nationalen Agentur für die Roma, die ein regionales Büro in unserer Stadt hat. Wir versuchen auch, die großen gesundheitspolitischen Probleme zu beheben, indem wir Ärzte in ihre Lager begleiten und Präventionsmaßnahmen zeigen. Etwa zehn Mitglieder dieser Gemeinde sind Angestellte der Stadt und arbeiten in den sozialen Diensten und im Kinderschutz.

Europarat: Was kann gegen die große Diskriminierung der Roma, insbesondere der Jugend-

lichen, getan werden?

Paul Kmen: Wir haben ein Gesetz, das jede ethnische Diskriminierung verbietet. Im Beschäftigungsbereich ermutigen wir die Unternehmen mit Hilfe eines speziellen Programms, Jugendliche zwischen 16 und 25 Jahren einzustellen und ihnen ein Mindesteinkommen zu garantieren. Wir zeigen auch regelmäßig Werbekampagnen im Fernsehen, vor allem beim Schulanfang nach den Ferien, um der Bevölkerung zu zeigen, dass Roma Menschen wie alle anderen sind.

Europarat: Auf welche Schwierigkeiten stoßen Sie vor Ort?

Paul Kmen: Am schwierigsten ist es, den Kontakt zu den Jugendlichen herzustellen, sie sind manchmal sehr aggressiv. Manchmal ist es sogar unmöglich, in bestimmte Gebiete zu gehen und wir müssen die Polizei um Hilfe bitten. Daher ist es wichtig, auf die Mitglieder der Gemeinde zu setzen, die sich schulen lassen und so die perfekte Verbindung herstellen, um ihre Gemeinde zu informieren und sie zu überzeugen, dass es in ihrem Interesse ist, in die Schule zu gehen, die Gesetze einzuhalten, an den für sie bestimmten Programmen teilzunehmen.

Europarat: Sehen Sie konkrete Ergebnisse der städtischen Maßnahmen?

Paul Kmen: Einige: Mehrere Roma arbeiten in unseren Teams. Ich glaube, dass die Menschen ein positiveres Bild der Roma haben, die Mentalitäten fangen an, sich zu verändern. Aber in den Bereichen Gesundheit und Bildung bleibt noch viel zu tun.

Chester Morrison, Stadtrat für Bildung in Liverpool: „Wir wollen die Jugendlichen in Liverpool zu engagierten Bürgern machen.“

Die Stadt Liverpool tut alles, um die Jugendlichen dazu zu motivieren, sich in ihrem Viertel, ihrer Schule oder ihrer Gemeinde zu engagieren. Indem man ihnen zeigt, dass sie etwas bewirken können und ihnen zuhört, gibt man ihnen das verlorene Vertrauen wieder und unterstützt sie bei ihrer beruflichen Zukunft.

Europarat: Die Stadt Liverpool leistet mittels der sogenannten außerschulischen Erziehung und Bildung einen großen Beitrag zur Förderung der Jugendlichen. Worum handelt es sich hierbei genau?

Chester Morrison: Es handelt sich um alle er-

zieherischen Maßnahmen, die außerhalb der Schule stattfinden können. Dies kann natürlich unter anderem innerhalb der Familie sein. Die Entwicklung der Kommunikationsfähigkeit und die Bewältigung von Konflikten sind nur zwei Beispiele.

Europarat: Was ist Ihre konkrete Aufgabe hierbei?

Chester Morrison: Wir bemühen uns, unseren Jugendlichen den Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern zu garantieren, so dass sie die Möglichkeit haben, ihre Anliegen zu äußern. Wir beschäftigen Jugendliche in unseren städtischen Einrichtungen, derzeit sind es neun, und es kommen noch diejenigen hinzu, die während des Sommers arbeiten. Wir haben ca. 80 junge Menschen, die schulische Unterstützung geben, Freizeitbeschäftigungen anbieten oder direkt vor Ort mit jugendlichen Straftätern arbeiten. Sie ermöglichen ihnen den Zugang zu verschiedenen städtischen Aktivitäten, die den Jugendlichen helfen können, und geben gleichzeitig ihre Meinung an die politischen Instanzen weiter, in denen sie arbeiten.

Europarat: Welche Strukturen haben Sie eingeführt, um die Jugendlichen selbst zu Wort kommen zu lassen?

Chester Morrison: Die Strukturen umfassen ein breites Spektrum: Die Stadt ist aufgeteilt in zehn Gebiete und fünf Viertel. Acht Gebiete haben Beratungsausschüsse, die von Jugendlichen geleitet werden und denen ebenfalls Vertreter der Stadt beiwohnen. Es gibt außerdem Schulparlamente in Grundschulen und weiterführenden Schulen. Zudem haben wir einen Stadtrat, dem ca. 30 Jugendliche angehören, die von dem jeweiligen Gebiet gewählt wurden. Sie beschäftigen sich zusammen mit den Jugendlichen unseres Teams mit allen auftretenden Fragen und führen Debatten zu Themen, die die Stadt betreffen. Unser Ziel ist es, ihnen genauso viel Anerkennung zu geben wie den erwachsenen Städtevertretern. Schließlich beantwortet das städtische Team, Vertreter und Beamte, einmal jährlich ihre Fragen zur Jugendpolitik des Rates.

Europarat: Nehmen die Jugendlichen aus den sozialen Brennpunkten an diesen Strukturen teil?

Chester Morrison: Wir gehen auf die Jugendlichen zu und wir versuchen vor allem, so schnell wie möglich auf ihre Anliegen einzugehen, um sie nicht zu entmutigen. Unsere städtischen Dienste stehen in engem Kontakt

mit allen Jugendlichen, die nicht zur Schule gehen, keine Ausbildung oder Arbeit haben. Wir besuchen sie in ihrem Umfeld, das ist unsere Verantwortung.

Europarat: Wie geht die Gemeinde auf die Anliegen der Jugendlichen ein?

Chester Morrison: Wir wollen die Jugendlichen auf dem Laufenden halten, ihnen zeigen, dass wir sie ernst nehmen, denn sie werden schnell zynisch, wenn es um politische Fragen geht. Beispielsweise tritt der Vorsitzende unseres Jugenddienstes in regelmäßigen Abständen vor den Jugendausschuss und die Schulausschüsse, um sie über die laufenden Programme zu unterrichten, ihre Kommentare hierzu einzuholen und wenn nötig, seine Programme zu ändern.